

Stenographisches Protokoll

8. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 21. Oktober 2004

Inhalt

Fragestunde (S. 517)

5. Ldtgs.Zl. 126-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa betreffend EURATOM-Vertrag

Berichterstatter: Mag. Ragger (S. 588)

Redner: Mag. Lesjak (S. 588), Dipl.-Ing. Gallo (S. 588), Mag. Dr. Kaiser (S. 589), Lutschounig (S. 590)

Einstimmige Annahme (S. 591)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 126-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa betreffend EURATOM-Vertrag

Berichterstatter ist Abgeordneter Mag. Ragger.
Ich erteile dir das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es handelt sich hierbei um einen FPÖ-Antrag, wobei die Landesregierung mit der Bundesregierung in Verhandlung treten soll, dass auf europäischer Ebene endlich dieser EURATOM-Vertrag, der nach wie vor vorsieht, dass Nuklearindustrie und die Atomkraft von Seiten der Europäischen Union gefördert wird, hier verhandelt wird, dass ein Ausstiegsszenario entwickelt werden kann.

Grundlage oder Überlegung dieses Antrages war jene, dass auf der einen Seite in der Slowakei

nach wie vor die Überlegungen bestehen, dass vor allem in Bohunice und Mohovce nach wie vor Atomkraftwerke betrieben werden und hier der Ausbau sogar forciert werden soll. Um dem entgegen zu wirken, soll dieser Antrag beschlossen werden.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Herr Präsident! Vorbehaltlich werden wir diesem Antrag zustimmen, weil den ersten Teil dieses Antrages, nämlich dass die Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung sicherzustellen, dass diese sich bei der EU für die Außerkraftsetzung des EURATOM-Vertrages einsetzt. Das ist sehr eindeutig. Das haben die Grünen schon seit Jahren, Jahrzehnten vor: den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Grünen waren auch immerhin diejenigen, die es zu Wege gebracht haben, dass der EURATOM-Vertrag aus dem Verfassungsentwurf in den Anhang der Verfassung gebracht wurde. Es ist natürlich ein erster Schritt, aber ein wichtiger Schritt, daher sind wir dazu sehr positiv gestimmt.

Der zweite Teil, die Ausarbeitung eines Antiatomstabilitätspakts, ist ein wenig komisch formuliert, etwas missverständlich. Wenn es heißt, dass man Antiatompolitik macht im Sinne dessen, dass die Atomkraftwerke schön langsam stillgelegt und abgebaut werden und auch zugleich eine Energiewende eingeleitet wird, mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien, können wir dem zustimmen. Wir gehen davon aus, was so etwas bedeutet. Ich habe im Internet nachgeschaut: Diesen Begriff gibt es eigentlich nicht. Wir verwenden immer die Formulierungen: „Ausstiegsszenarien“, „Ausstiegsinitiativen“ oder „Offensiven“. Das wäre sehr, sehr wichtig!

Mag. Lesjak

Es ist auch sozusagen eine grüne Position, immer schon, diesen europäischen Atomausstieg zu fordern. Wir verlangen auch, wir fordern auch auf der europäischen Ebene einen Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag. Der muss abgeschafft werden! Die einseitige Begünstigung der Atomenergie soll beendet werden. Österreich darf und soll auch nicht mit Milliarden-Krediten für Neu- und Fertigbau von Akw in Mittel- und Osteuropa aufkommen. Es ist ja jetzt die Herausforderung mit den neuen EU-Staaten, dass hier auch Atomkraftwerke weiterhin forciert werden. Da ist es ganz, ganz wichtig, man kann nicht oft genug darauf hinweisen und darauf beharren, dass wir ein gesamteuropäisches Ausstiegsszenario haben möchten. Danke! *(Beifall von den Abg. Holub und Ing. Hueter)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort. – Abg. Ing. Hueter: Atomsprecher?)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe heute bei den ersten beiden Tagesordnungspunkten bereits von einem „bedeutenden Tag in der Geschichte des Kärntner Landtages“ gesprochen. Dies deshalb, weil es bei einigen Anträgen – und das ist wieder einer – um vitale Lebensinteressen der Menschen in unserem Land geht.

Bei der Diskussion über den Einsatz der Gentechnik ist auch ein Umdenkprozess in einem anderen Bereich bereits angesprochen worden, nämlich jener, der von Österreich in der Atomenergiefrage ausgelöst worden ist. Ich darf nur zu meiner Vorrednerin sagen: Sie haben da als Grüne ein bisschen die Gnade der späten Geburt, spielen also nur die zweite Geige, denn als das in Österreich passiert ist (zu Ende der Siebzigerjahre) hat es, mit Verlaub, noch keine Grünen und auch nicht die Partei der Grünen gegeben. Aber sehr wohl hat es damals eine Mehrheit, für die sich auch die Freiheitliche Partei stark gemacht hat, für die Nicht-Inbetriebnahme von Zwentendorf gegeben. So viel also zur historischen Wahrheit – was uns aber nicht hindert, gemeinsam jede erdenkliche Möglichkeit zu ergreifen und hier Sicherheit zu schaffen, Vorsorge zu treffen. Denn das sicherste Kernkraftwerk – das ist unbestritten! – das ist jenes, das nicht in Betrieb ist. Die so genannte friedliche Nutzung der

Atomenergie hat sich spätestens seit Tschernobyl als Irrweg erwiesen. Das ist Basiswissen seit 1986.

Österreich ist ja regelrecht von Atomkraftwerken umzingelt. Das sind lebensbedrohende Anlagen. Eine Nuklearkatastrophe ist jederzeit möglich. Wir sprechen oder wir hören immer von Wahrscheinlichkeit, in welchen großen Zeiträumen (Tausenden von Jahren) es zu einem GAU oder Super-GAU kommt. Aber niemand kann sagen, wann diese Zeit wirklich um ist; es kann auch schon morgen wieder sein.

Das heißt also, es gehört eigentlich zu den Menschenrechten, nicht tagtäglich von einer lebensbedrohlichen Situation erfasst zu sein, dieser ins Auge sehen zu müssen. Es darf und kann nicht sein, dass eine Atomlobby, vorwiegend in Brüssel, weiterhin das Sagen hat und das Leben von Millionen von Menschen gefährdet, weil einfach Geschäftemacherei im Vordergrund steht.

Es hat in einigen anderen Bereichen interessanterweise, wenn es darum geht, in Wirtschafts- und Währungsunionsfragen empfindliche Strafen gegeben, aus Brüssel. Diese vermissen wir hier in diesem Bereich. Daher dieser Antrag als neuerlicher Versuch. Das eint uns mit dem Österreichischen Zivilschutzverband. Auch dieser hat diese Forderung erhoben.

Frau Kollegin, lassen Sie mich das auch noch sagen: Es geht hier nur um eine sprachliche Differenz. Das, was wir wollen, was Sie gesagt haben, was jetzt im Antrag steht, sind nicht verschiedene Paar Schuhe, sondern das ist ein und dieselbe Richtung.

Jedenfalls bedanke ich mich bei den anderen Fraktionen! Im Ausschuss war das einstimmig. Die Vorrednerin, die nicht im Ausschuss vertreten ist, hat das auch gesagt: dass wir hier zu einer einstimmigen Beschlussfassung kommen. Ich glaube, wir sollten auch weiterhin aufmerksam sein und jede Möglichkeit nützen, hier für die Sicherheit, für die Menschen und für den Schutz vor diesen Gefahren zu sorgen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke, sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich schließe mich einmal den Worten meines Vorredners an, dass wir heute eine Reihe von Gesetzen bzw. Anträgen beschließen die mehr, als wahrscheinlich in der meisten Zeit zuvor, das Wohl der Menschen vor Bedrohungen, die nicht unmittelbar direkt in Österreich, in Kärnten, ihren Ursprung haben, sicherstellt. Wenn Sie mir erlauben, wie wesentlich und wichtig diese Anträge auch sind, möchte ich ein bisschen ausführen, um hier auch den Gesamtzusammenhang beim gegenständlichen Antrag zu Stande zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen als SPÖ, haben das im Ausschuss bereits getan, den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag. Ich glaube aber auch, dass wir neben diesem Ausstieg auch etwas Positives den derzeitigen Bemühungen, unterschiedlichen Bemühungen auf EU-Ebene, entgegensetzen sollten. Und ich denke, dass ein Antiatomstabilitätspakt ein Schritt in diese Richtung wäre. Warum ich das jetzt auch auf die Vertragsebene der Europäischen Union heben möchte, hat den Grund, weil wir hier genau mit jenen Methoden, Orientierungen arbeiten, mit denen die Europäische Union auch zu arbeiten gewohnt ist. Ich glaube, dass ein Antiatomstabilitätspakt, ähnlich wie es beim Euro und anderen Stabilitätspakten der Inhalt war, einer jener Vertragswerke ist, die mittelfristig eine größere Chance auf Realisierung haben als es noch so viele Entschließungen und Willensbekundungen haben könnten. Und wie notwendig das ist, möchte ich am Beispiel einer sogenannten, nicht unbedingt positiven aktiven Nachbarschaftspolitik zeigen. Sie alle wissen genauso wie ich, wie intensiv die Bemühungen seitens Österreich waren mit dem Nachbarn Tschechien zu positiven Übereinkünften zu kommen. Und, wenn wir jetzt hören, dass auf Basis dieses EURATOM-Abkommens die tschechischen Kolleginnen und Kollegen die Schließung Bohonice, die ja fast schon beschlossen war, wieder in Abrede stellen, neue Überlegungen diesbezüglich anstellen, wenn wir hören, dass dann an einen zweiten und dritten Reaktorbau beim Atomkraftwerk Mohovce gedacht wird, dann wissen wir, wie notwendig eine solche Maßnahme – und deren erster Schritt, ein Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, aus

meiner Sicht ist.

Und es gibt noch eine aus meiner Sicht und nach den gestrigen Anhörungen in Brüssel auch medial vermittelte, fast dräuende Gefahr, das ist die Positionierung und Einberufung der neuen EU-Kommission mit dem ungarischen vorgesehenen Kommissar Kovac, der sich uneingeschränkt positiv und unkritisch zum weiteren Ausbau der Atomkraft bekennt und keinerlei Präferenzen für alternative Energien respektive den natürlichen Ressourcenausbau von Energieträgern ausgesprochen hat. Und das Ganze droht auf einer politischen Ebene noch zu einem Junktim zu werden, denn damit auf der einen Seite der Kommissar oder vorgesehene, designierte Kommissar Buttiglione gehalten werden kann, würde man von der anderen Seite verlangen, das auch Kovac zugestimmt wird. Und, wenn wir gerade beim vorigen Tagesordnungspunkt positiverweise bemerkt haben, dass diese Verankerung der Antidiskriminierungsrechte was Wichtiges ist, dann müssen wir uns als Hintergrund dessen und seiner Wichtigkeit, in Erinnerung rufen, dass Rocco Buttiglione auch als Kommissar für die Grund- und Menschenrechte vorgesehen ist! Also, auch „einen Antrag danach“ festgestellt, wie notwendig diese Beschlussfassung war. Und ich habe auch heute mittlerweile gehört, dass man als einen Kompromiss vorschlägt, Buttiglione wenigstens von diesem Bereich der Agenden abzuziehen. Ich glaube nicht, dass das die Entschließung des Kärntner Landtages war, aber zumindestens ein positiver Beitrag dazu.

Zusammenfassend noch einmal: Seitens der SPÖ wird diesem Antrag uneingeschränkt die Zustimmung gegeben, noch einmal auch mit der Ankündigung eines eigenen Antrages, dass wir für die Schaffung und für das Zustandekommen eines Antiatomstabilitätspaktes seitens der SPÖ eintreten. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Damen und Herren! No na, nicht wird man dafür sein, dass so ein Vertrag oder dass man so ein Aus-

Lutschounig

stiegszenario vorbereitet, wengleich es natürlich eine nette, liebe Willenserklärung ist. „Der Bund wird aufgefordert“ – wir kennen diese Redewendungen in diesem Haus und sie wird sehr oft verwendet. Aber, in der Sache selbst ist es natürlich klar, dass von Österreich ausgehend – nachdem wir ja die Ersten waren, die sich gegen die Nutzung der Atomenergie dagegen gesetzt haben, dieses Kraftwerk – obwohl gebaut – nicht zu nutzen war damals ein gewagter Schritt. Aber, ich glaube, die Zukunft und die Entwicklung hat uns Recht gegeben, dass wir damals einen sehr mutigen und einen weitreichenden Schritt gemacht haben und dass das Bedrohungspotenzial umso größer ist seit dem 11. September, wo das in New York passiert ist. Wissen wir, dass es um unsere Grenzen, - ob das in Bohunice, Mohovce oder hier in Krško passiert und wir alle in dieser Region betroffen sind – da sind die Karawanken keine Grenzen, da sind 1.000 Kilometer keine Grenze, das wissen wir von Tschernobyl, welcher tatsächliche Supergau dann entstehen könnte. Und daher sind wir selbstverständlich auch dafür, dass man hier den entsprechenden Ausstieg macht. Und ich hoffe, dass wir auch in Europa entsprechend Gehör finden.

Man muss das natürlich auch insoferne relativieren, nachdem wir in Kärnten durch den Teilverkauf der KELAG an die RWE natürlich auch einen Stromriesen haben, der sehr wohl mit Atomenergie handelt, und Atomenergie erzeugt. Und wir wissen auch mittlerweile, dass Kärnten und die KELAG, die als großer Sponsor in vielen Bereichen, im kulturellen und sportlichen Bereich, in Erscheinung tritt, 14 Prozent ihres Stromes aus dem Atomstrom, der eben von den Atomkraftwerken in Europa kommt, verkauft, relativiert natürlich einen solchen Antrag wieder. Aber wir wissen, dass es sehr schwierig ist, die Zusammenhänge und die Netzwerke – und durch die neue Liberalisierung et cetera wissen wir es umso mehr – dass man vor allem mehr Geld mit der Netzbenützung als mit dem tatsächlichen Verkauf der erzeugten Kilowattstunden verdienen kann. Ist mir schon klar. Aber, trotzdem sollten wir auch diese Dinge benutzen, um diese Dinge ein bisschen zu relativieren. Und vielleicht kommt diese Botschaft mit diesem Antrag, mit dieser Willenserklärung, auch an die Verantwortlichen der KELAG, die dann überlegt und sagt: Teufel! Irgendwo sind wir ja eigentlich gar

nicht so geliebt als die großen Atomstromhändler, sondern ... (Abg. Gunzer: Pacher meint) Was für einen Pacher meinst? (3. Präs. Ing. Scheuch: Ja, was für einen!?) Ah, den Wirtschaftskammer Pacher. Achso, ja. Ich denke an den Herbert Bacher, nachdem er mein Nachbar ist. (Zwischenruf aus der FPÖ-Fraktion.) Wohl, wohl, ich will schon etwas mit ihm zu tun haben, das ist gar keine Frage. Dass ist der, der jetzt Präsident ist und es in der Zukunft bleiben wird. Meinst du das, Albert!?! (Dies wird ironisch vortragen.) Aber, ich glaube schon, dass wir in der Sache selbst zu diesem Vertrag, zu dieser Vereinbarung stehen sollten und, dass wir als ÖVP diesen Antrag selbstverständlich mittragen werden. (Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt, nachdem keine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt vorliegt, dem Berichterstatter das Schlusswort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig so beschlossen.)

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass diese sich bei der Europäischen Union für die Außerkraftsetzung des EURATOM-Vertrages und die Ausarbeitung eines Antiatomstabilitätspaktes einsetzt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Handzeichen! – Danke, einstimmig so beschlossen!